

Allgemeine Anträge

Antrag: A 29

Beschluss: Überweisung an den Landesparteirat
Beschluss LPR: Annahme

Thema: Nachhaltige Politik braucht keine Public-Private-Partnerships

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag und die sächsischen Unterbezirke sowie Ortsvereine weiterleiten:

Wir fordern eine nachhaltig ausgerichtete Politik von Stadt und Land. Dieser Maxime dienend soll es nicht möglich sein, aktuelle Haushalte zu schonen, in dem sogenannte Sale-and-Lease-Back-Verträge abgeschlossen werden.

Der besondere Fall des Cross-Border-Leasings stellt dabei keine Ausnahme dar. Wir lehnen es ab, dass öffentliche Haushalte Gewinne auf Kosten öffentlicher Haushalte anderer Länder generieren.

Wir fordern, dass öffentliches Eigentum nicht in private Hände fällt, wenn die öffentliche Hand dieses Eigentum weiterhin nutzt oder nutzenstiftend betreibt. Ein Verkauf mit anschließender Rückmietung oder Leasing in jeder Form ist nicht nachhaltig und geht besonders auf Kosten der SteuerzahlerInnen zukünftiger Generationen.

Wir lehnen Public-Privat-Partnerships (PPP) als reines Finanzierungsmodell ab. Im Allgemeinen halten wir die klassische Finanzierung über Bankdarlehen und Eigenbetrieb von öffentlichen Aufgaben für zielführender, kostengünstiger und gemeinwohlstiftender als die Einbeziehung von privaten Investoren zum Zwecke der momentanen Haushaltsentlastung.

Votum: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen